



Rheinland-Pfalz

MINISTERIUM FÜR  
WIRTSCHAFT, VERKEHR,  
LANDWIRTSCHAFT  
UND WEINBAU

17

Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau  
Postfach 3269 | 55022 Mainz

Kreisverwaltung Bad Dürkheim  
Herrn Landrat  
Hans-Ulrich Ihlenfeld  
Philipp-Fauth-Straße 11  
67098 Bad Dürkheim

Kreisverwaltung Bad Dürkheim								
<input type="checkbox"/> Sachbearbeiter								
<input type="checkbox"/> Entscheidung								
Eingang 13. MAI 2019								
<input type="checkbox"/> Stellungnahme								
<input type="checkbox"/> Rückmeldung								
1	2	3	4	5	6	7	AWD	RPA

DER MINISTER  
Dr. Volker Wissing  
Stiftsstraße 9  
55116 Mainz  
Telefon 06131 16-2201  
Telefax 06131 16-2170  
poststelle@mwwlv.rlp.de  
www.mwwlv.rlp.de

3. Mai 2019

## Resolution des Kreistages Bad Dürkheim gegen den Kerosinablass über der West- und Vorderpfalz

Sehr geehrter Herr Landrat Ihlenfeld,

herzlichen Dank für Ihr Schreiben vom 31. Oktober 2018, mit dem Sie die Resolution des Kreistages zum Kerosinablass in Rheinland-Pfalz übermitteln und in der Sache um Unterstützung bitten. Aufgrund eines Büroversehens ist das Schreiben erst vor kurzem bei uns eingegangen.

Ich kann Ihnen versichern, dass ich den Unmut über die Treibstoffschnellablässe, das so genannte Fuel Dumping, sehr ernst nehme. Auch wenn die betroffenen Länder keine unmittelbaren Einflussmöglichkeiten hinsichtlich der Verfahrensweise und der Praxis beim Ablassen von Kerosin haben, da es sich hierbei um Bundesrecht handelt, setzt sich die Landesregierung engagiert für mehr Transparenz und ein höheres Verantwortungsbewusstsein auf Bundesebene ein.

Auf Initiative von Rheinland-Pfalz wurde der Bund auf Grundlage eines Beschlusses der Umweltministerkonferenz (UMK) im Mai 2017 und der Verkehrsministerkonferenz (VMK) im April 2018 aufgefordert, eine aktuelle Bewertung über den Umfang und die Auswirkungen von Treibstoffablässen auf neuesten wissenschaftlichen Grundlagen



vorzunehmen. Mit dem Beschluss der VMK wurde der Bund zudem gebeten, ein Verfahren zu etablieren, damit Informationen zu Treibstoffschnellablässen unverzüglich und transparent der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt und an Länderbehörden gemeldet werden. Das Umweltbundesamt ist aktuell mit der Umsetzung des Gutachtens beauftragt. Die Ergebnisse sind für dieses Jahr angekündigt, da gegenwärtig noch die wissenschaftliche Grundlagenarbeit zum Fuel Dumping erfolgen soll.

Angesichts der Rheinland-Pfalz betreffenden Vorkommnisse hat die Landesregierung Ende August 2018 beschlossen, das Thema mit einer Bundesratsinitiative voranzubringen. Zentrale Forderungen waren, dass die Bürger und Bürgerinnen innerhalb von 24 Stunden und nicht erst nach drei Tagen über die Treibstoffschnellablässe informiert werden sollen. Zudem soll die Bundesregierung flugbetriebliche Verfahren etablieren, mit denen nachteilige Auswirkungen von Kerosinablässen auf Mensch, Flora und Fauna vermieden werden. Der im September 2018 in den Bundesrat eingebrachte Antrag wurde im federführenden Verkehrsausschuss, im Gesundheitsausschuss, im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und im Wirtschaftsausschuss beraten. Die Verabschiedung des rheinland-pfälzischen Entschließungsantrages erfolgte in der Sitzung des Plenums am 19. Oktober 2018.

Diesbezüglich hat sich die rheinland-pfälzische Landesregierung mehrfach mit einem gemeinsamen Schreiben des Verkehrsministers, der Umweltministerin und des Innenministers an Herrn Bundesverkehrsminister Scheuer gewandt, um die Angelegenheit weiter voran zu treiben.

Das Luftfahrtbundesamt veröffentlicht mittlerweile auf Anweisung des Bundesverkehrsministeriums die Kerosinablässe rückwirkend seit Januar 2018. Der Protest der Bürger und Bürgerinnen, von kommunaler Seite und das Engagement der Landesregierung zeigten folglich erste Wirkung.

Statt der im Landesantrag geforderten 24 Stunden lässt sich der Bund nach einem Kerosinablass allerdings drei Tage Zeit für die Veröffentlichung. Das ist aus Sicht der Landesregierung nicht akzeptabel. Diesen Standpunkt haben wir deshalb auf der Sit-



zung der Frankfurter Fluglärmkommission am 26. September 2018 noch einmal dargelegt.

Auch in Zukunft wird sich die Landesregierung weiterhin aktiv im Rahmen ihrer politischen Möglichkeiten für einen umweltträglichen und bürgernahen Umgang mit Treibstoffschnellablässen einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Volker Wissing